Die Linke Berlin
10. Landesparteitag, 2. außerordentliche Tagung
31. Oktober 2026

Änderungsantrag A7.1
Antragssteller*innen: LAG Migrantische Linke/LINKS*KANAX

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gleiche Rechte für alle Berliner*innen, unabhängig von Pass und Migrationsgeschichte – Für eine antirassistische Hauptstadt

Ersetzung Zeile 62-76

1.3 Berlin verzichtet auf routinemäßige Abschiebungen und nutzt alle landesrechtlichen Mittel, um Abschiebungen zu verhindern. Jede bundesrechtlich unvermeidbare Abschiebung setzt eine humanitäre Einzelfallprüfung voraus und das Land muss dabei seine Spielräume für Duldung, Aufenthaltserlaubnis und Härtefälle vollständig ausschöpfen. Kinder, Kranke und andere besonders Schutzbedürftige und ihre Angehörigen, sowie Menschen in Schule, Studium oder Ausbildung schiebt Berlin nicht ab. Sammelabschiebungen, Abschiebungen in Kriegsgebiete und aus Schutzorten wie Schulen, Krankenhäusern, Wohnungen und Unterkünften sowie bei Terminen in Behörden verhindert Berlin aktiv.

1.4 Eine unabhängige Stelle soll unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen Abschiebungen beobachten und ihre Rechtsstaatlichkeit garantieren. Sie wird dafür mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet. Darüber hinaus soll die Härtefallkommission mehr Personal und Fortbildungen zu Diskriminierung erhalten, damit möglichst viele Menschen eine Bleibeperspektive bekommen. Das Landesamt für Einwanderung soll nicht mehr der Senatsverwaltung für Inneres unterstehen, damit Migration nicht länger vor allem als Sicherheitsfrage behandelt wird.

Begründung: Hierbei handelt es sich nur um Hinzufügung von sprachlichen Präzisierungen.
Sorgeberechtigte werden aus Berlin schon jetzt in der Regel nicht abgeschoben, regelmäßig aber volljährige Kinder todkranker Eltern. Eine Abschiebebeobachtung, die keine Kompetenzen hat, ist nutzlos. Ausserdem ein paar sprachliche Präzisierungen in den übrigen Zeilen.